Ausgabe für Groß=Berlin
Morgenblatt

Preis 400 Mark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonnabend, 16. Juni 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48 Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 15000 ℳ monatl.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungenen Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 2000,— ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

16. 6. m Nr. 274 400
62. Jahrgang.

Stambulinski auf der Flucht erschossen.

Im Verlaufe eines Feuergefechts gefallen.

Sofia, 15. Juni. (W. T. B.) Der frühere Ministerpräsident Stambulinski ist bei einem Fluchtversuch erschossen worden.

Ueber die Gefangennahme und den Tod Stambulinskis stellt das Reuter-Büro folgendes fest: Stambulinski wurde gestern früh um 7 Uhr in der Ortschaft Galak gefangen genommen. Er erklärte dem Kommandanten der Truppen, er sei bereit, sich zu ergeben. Um 3 Uhr nachmittags

Stambulinski †.

wurde Stambulinski in einem Auto nach Tatar-Pazardschik gebracht. Hier wurde er von der Menge beschimpft, die ihn zu lynchen versuchte. Stambulinski wurde alsdann nach Slawowitza zurückgebracht, um Zwischenfälle zu vermeiden. Auf dem Wege dorthin wurde er von Bewaffneten angegriffen. Es gelang ihm aber, zu entfliehen. Es wurde sofort Befehl gegeben, ihn zu verfolgen und nach Sofia zu bringen. Bei der Verfolgung kam es zu einem Feuergefecht, bei dem Stambulinski getroffen wurde.

*

Alexander Stambulinski wurde im Jahre 1879 in dem Dorfe Slavitschitza bei Tatar-Bazarcik als Sohn eines Bauern geboren und studierte in Halle a. S. Landwirtschaft. In die Heimat zurückgekehrt, redigierte er ein Bauernblatt „Zemledelsko Zname" (Bauernfahne) und wurde im Jahre 1908 zum ersten Male in die Kammer gewählt. 1911 entfesselte er im Sobranje zu Trnowo stürmische Szenen, als er sich gegen die Bestimmung der Verfassung wandte, die dem König das Recht zusprach, politische Geheimverträge mit anderen Staaten zu schließen. Wegen einer Flugschrift gegen den Krieg und hochverräterischer Propaganda im Heere wurde ihm nach dem Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte im Jahre 1915 der Prozeß gemacht. Er erhielt eine lebenslängliche Gefängnisstrafe. Als die bulgarische Front zusammengebrochen war, und die Truppen aufgelöst in die Heimat zurückfluteten, ließ die Regierung Stambulinski aus dem Gefängnis holen, damit er durch seinen Einfluß das drohende Chaos abwende. Er zog den Truppen entgegen und tat das Gegenteil dessen, was die Regierung von ihm verlangte, indem er die Republik ausrief und sich zum Präsidenten proklamieren ließ. Aber die Revolution scheiterte und Stambulinski hielt sich verborgen, bis König Ferdinand abgedankt hatte und das Kabinett Theodoroff eine Amnestie erließ. Im März 1920 gelang es ihm, bei den Wahlen eine knappe Mehrheit seiner Bauernpartei zu erlangen, mit deren Hilfe er sich zum Diktator machte. Stambulinski hat Bulgarien bis zum 9. Juni 1923 mit unumschränkter Gewalt beherrscht. Innerpolitisch führte er einen rücksichtslosen Kampf gegen die städtische Intelligenz und das Bürgertum und suchte durch eine revolutionäre Wirtschaftspolitik im Interesse der Kleinbauernklasse zugleich den Kommunismus zu bekämpfen. Der Terror der Bauernpartei erreichte seinen Höhepunkt bei den letzten Wahlen. In der Außenpolitik war er ein treuer Diener der Entente, vor allem Frankreichs, dessen Dienste allerdings schlecht gelohnt wurden. Stambulinski suchte Anlehnung an den sich neu bildenden Balkanblock zwischen Südslawien, Griechenland und Rumänien und verzichtete aus diesem Grunde auf die nationalen Forderungen des bulgarischen Volkes, ohne irgend etwas dafür einzutauschen. Auf einer Reihe internationaler Konferenzen hat er Bulgarien in den drei Jahren seiner Regierung persönlich vertreten und überall den Eindruck einer gewalttätigen Desperadonatur hinterlassen. Er war eine eigenartige politische Figur, die so recht zu den im Innersten aufgewühlten Verhältnissen dieser Unfriedensjahre paßte. Eine jähe Erhebung des geknebelten Bürgertums, das er verachtet hatte, riß ihn von der Höhe der Macht. Sein jäher Tod beendet eine Periode im politischen Leben Bulgariens, die zu den unglücklichsten der bulgarischen Geschichte gehört.

*

London, 15. 6. (W. T. B.) Reuter erfährt, daß eine diplomatische Mission aus Bulgarien sich nach London begeben wird, um der britischen Regierung die Politik der neuen bulgarischen Regierung auseinanderzusetzen.

Bukarest, 15. 6. (W. T. B.) In hiesigen politischen Kreisen wird erklärt, daß die liberale Regierung das Regime in Bulgarien mit Wohlwollen betrachte und jede Intervention in Bulgarien ablehnen werde.

Belgrad, 15. 6. Der König hat einen Kronrat abgehalten, dem außer sämtlichen Ministern der Generalstabschef und der Kommandant von Uesküb beiwohnten. Gegenstand der Beratung bilde, wie eine amtliche Mitteilung besagt, das Verhalten Südslawiens gegenüber Bulgarien.

Markkurs in New York 0,0009¾ Geld, 0,0009⅞ Brief; der Mittelkurs entspricht einem Dollarkurs in Berlin von 101 916.

London zuversichtlich

Poincarés Antwort Anfang nächster Woche erwartet.

A. **London**, 15. 6. (Eigenbericht.) Man nimmt hier an, daß die Antwort Poincarés auf die englischen Anfragen durch die belgische Regierungskrise eine Verzögerung erfährt (durch die belgische Regierungskrise. Red.), daß sie aber dann spätestens Anfang nächster Woche eintreffen werde. Inzwischen verhält sich London abwartend. Neue Gesichtspunkte werden in der Presse nicht mehr geltend gemacht.

Im allgemeinen wird die Lage vom englischen Standpunkt aus mit großer Zuversicht betrachtet. Die öffentliche Diskussion gegenüber Frankreich ist wesentlich ruhiger geworden, und in politischen Kreisen ist die Ansicht fast allgemein, daß schließlich mit Paris eine Einigung erzielt werden dürfte. Unter solchen Gesichtspunkten erscheint die Situation unverändert. **Es ist also nach wie vor damit zu rechnen, daß Deutschland durch ein französisch-englisches Kompromiß nahegelegt werden dürfte, die Waffe des passiven Widerstandes niederzulegen, ohne daß es dabei irgendwelche greifbaren Zugeständnisse erhält, die für die kommenden Verhandlungen auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiete als Garantie dienen könnten.**

*

Die englische Regierung hat der belgischen Regierung mitteilen lassen, daß sie eine Kopie des Memorandums erhalten werde, das die englische Regierung Poincaré zustellen ließ.

Der König empfing gestern nachmittag den Premierminister Baldwin im Buckingham-Palast in Audienz. Ebenso hat zwischen 4 und 5 Uhr eine Zusammenkunft zwischen dem französischen Botschafter in London, St. Aulaire, und Lord Curzon im Foreign Office stattgefunden.

Wie uns von amtlicher deutscher Seite mitgeteilt wird, ist bei der deutschen Regierung, entgegen englischen Pressemeldungen, bisher keine Rückfrage der englischen Regierung über das deutsche Memorandum eingelaufen.

„Man wird sich verständigen" — sagt Paris.

S. **Paris**, 15. 6. (Eigenbericht.) Die Beantwortung des englischen Fragebogens wird, wie in Paris wieder betont wird, durch die belgische Ministerkrise eine Verzögerung erfahren. (Vergl. auch die entsprechende Meldung unseres Londoner Berichterstatters. D. Red.) „Es ist klar", sagt der offiziöse „Temps", „daß über alle Fragen, die die Ruhr betreffen, Frankreich und Belgien sich nur gemeinsam äußern können." Die französische Regierung hat durch ihren Botschafter in Brüssel dem bisherigen Außenminister Jaspar einen ausführlichen Bericht über die in Paris herrschende Auffassung zukommen lassen und wartet auf Bescheid aus Brüssel.

Hier wird geäußert, daß der englische Fragebogen den aufrichtigen Wunsch der Londoner Regierung beweise, zu einer Verständigung mit Frankreich zu gelangen. „Man wird sich verständigen", sagt der „Temps", „und man kann sich verständigen, wenn man sich nur Zeit nimmt, ernstlich und intim zu reden." Man kann heute abend allgemein feststellen, daß die französische Presse einen sehr wohlwollenden Ton in bezug auf die Auseinandersetzung mit England anschlägt, daß aber betont wird, die Frage einer Note an Deutschland sei vor der Hand noch nicht aktuell, weil der französisch-belgische Meinungsaustausch noch ziemlich viel Zeit zu beanspruchen und sehr ausführlich zu werden verspreche. Es ist zu bemerken, daß die amtlichen französischen Organe ausdrücklich den Wunsch Frankreichs bestätigen, mit England über die Reparationspolitik eine gründliche Aussprache zu haben. Man ist hier aber bestrebt, nicht den Weg eines Notenwechsels einzuschlagen. **Poincaré werde keine schriftliche Antwort auf das englische Memorandum erteilen, so schreiben heute die Abendblätter. Die französische Regierung wolle ihre Antwort nach der wirklich diplomatischen Methode in London durch freie und vertrauliche Unterhaltungen des französischen Botschafters zur Kenntnis bringen.** Dieses mündliche System, das in gleicher Weise sich auch in Brüssel und Rom anwenden lasse, habe den großen Vorteil, sich besser und schneller den wechselnden Situationen anzupassen.

Neuer amerikanischer „Kommissar für Kriegsforderungen" ernannt.

e. **New York**, 15. 6. (Eigenbericht.) Harding ernannte Anderson zum Kommissar für die Kriegsforderungen an Stelle des Richters Edwin Parker, der seinerseits Nachfolger des Schiedsrichters Day war. Anderson ist der frühere Berater des Staatsdepartements, der kürzlich Amerika im Haag bei dem Schiedsgericht über die norwegischen Ansprüche für die Schiffe vertrat. Im Jahre 1896 war Anderson Sekretär der Kommission für die Beringsee-Forderungen und wirkte später bei den Streitigkeiten über die kanadische und alaskische Grenze und Fischerei. Fürs erste bleibt die Kriegsforderungenkommission untätig, bis Harding die offene Stelle ausgefüllt hat, die durch den kürzlichen Rücktritt des Amerikaners Morris verursacht ist.

Deutsch-alliierter Rechtsstreit vor dem internationalen Schiedsgerichtshof.

W. T. B. meldet: Im russisch-polnischen Kriege 1920/21 war verschiedenen alliierten Dampfern mit Munitionsladung deutscherseits die Durchfahrt durch den Nord-Ostsee-Kanal zwecks Aufrechterhaltung der deutschen Neutralität versagt worden. Die alliierten Mächte haben darauf bei dem vom Völkerbund geschaffenen ständigen internationalen Gerichtshof die Feststellung verlangt, daß das deutsche Verbot dem Artikel 380 des Vertrages von Versailles zuwiderlaufe. Der Rechtsstreit wird in der am 15. d. M. im Haag beginnenden Tagung des Gerichtshofes zur Verhandlung kommen. Als Ergänzungsrichter deutscher Nationalität mit den gleichen Rechten wie die übrigen Richter ist, wie bereits früher gemeldet, von der Reichsregierung der Professor der Rechte Dr. Walter Schücking ernannt worden, der sich bereits im Haag befindet. Zu Vertretern des Deutschen Reiches für die mündliche Verhandlung sind nunmehr der Reichsjustizminister a. D. Schiffer als Agent und Gesandtschaftsrat Martius vom Auswärtigen Amt als Rechtsbeistand bestellt worden.

Poincarés Innenpolitik vor der Kammer.

Ein Loblied auf den nationalen Block.

S. **Paris**, 15. 6. (Eigenbericht.) Die mit großer Spannung erwartete heutige große Sitzung der Kammer über die innere Politik ist unter großem Andrang kurz nach 3 Uhr eröffnet worden.

Der erste Redner war der royalistische Abgeordnete Ybarnegaray. Er stimmte, oft von stürmischen Zwischenrufen der Linken unterbrochen, ein Loblied an auf den nationalen Block, dem es Poincaré zu danken habe, daß er in der Ruhraktion so lange unterstützt worden sei. Denn, meinte der Redner, wenn etwa jetzt eine linksgerichtete Regierung ans Ruder käme, so würde offenbar ihre erste Handlung die sein, auf die Ruhraktion zu verzichten. Das ganze Land halle jetzt wider von Beleidigungen und Schmähungen des bloc national, gegen die der Minister des Innern schon längst hätte einschreiten müssen. Auch den Mittelparteien machte er ihre Lässigkeit zum Vorwurf und forderte den Ministerpräsidenten zu einer Umbesetzung seines Ministeriums auf, da der Innenminister offensichtlich zu schwach sei, um gegen die umstürzlerischen Eigennützigkeiten untergeordneter Organe einzuschreiten.

Um 5 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiedereröffnung verbreitete sich der Linksrepublikaner Bellet über ein großes republikanisches Programm, wie es Gambetta verwirklicht habe, lehnte die Extremisten links und rechts ab und forderte auf zu einem besten und wirklichen republikanischen Zusammenschluß, auch Deutschland gegenüber.

Nach der Rede des Abgeordneten Bellet wurde die Sitzung abermals unterbrochen und um 9 Uhr abends durch eine Rede Poincarés wieder aufgenommen.

Rußland protestiert in Paris gegen den Verkauf der Wrangel-Schiffe.

Moskau, 14. 6. (O. E.) Die Sowjetregierung hat eine vom stellvertretenden Außenkommissar Litwinow unterzeichnete Protestnote an Frankreich gerichtet, weil die französische Regierung, ungeachtet der sowjetrussischen Proteste, in Marseille zu einem teilweisen Verkauf der Schiffe der ehemaligen Wrangel-Flotte an Rumänien und andere Staaten geschritten sei. Der französischen Regierung müsse die ganze Verantwortung für die Folgen einer Verweigerung der Herausgabe der Schiffe an Rußland auferlegt werden.

Bundeskanzler Seipels Besuch in Warschau.

Kbg. **Wien**, 15. 6. (Eigenbericht.) Bundeskanzler Seipel dürfte voraussichtlich am 29. Juni als Einleitung zu Handelsvertragsverhandlungen nach Warschau reisen, um der polnischen Regierung einen Höflichkeitsbesuch abzustatten.

Aushungerungsmethoden.

Aus dem Ruhrgebiet, 15. 6. (Eigenbericht.) Zu den Mitteln der Franzosen, den passiven Widerstand zu brechen gehört auch die regelrechte Hungerblockade. Die Franzosen machen daraus kein Hehl. Als der Ortskommandant von Herne darauf aufmerksam gemacht wurde, welche Gefahren für die Ernährung des Ruhrgebiets durch die gewaltsame Erschwerung des Verkehrs heraufbeschworen würden, erwiderte er, das wolle er ja gerade.

Außer den Dortmunder Bahnhöfen haben die Franzosen heute morgen die Bahnhöfe Langendreer, Gelsenkirchen sowie den Notbahnhof Herne und sämtliche Bochumer Bahnhöfe besetzt. Die Milchversorgung der Städte über Dortmund hinaus ist infolgedessen sehr erschwert. Die in den letzten Tagen und gestern hier eingegangenen Nachrichten aus dem Einbruchsgebiet lassen einen zunehmenden Druck der französischen Besatzung gegen die Bevölkerung durch strenge Verkehrssperren und verschärfte Paßkontrolle, andererseits durch Heraufbeschwörung von Schwierigkeiten in der Zufuhr von Lebensmitteln erkennen.

Streikbeendigung in Oberschlesien.

Beuthen, 15. 6. (W. T. B.) Die Streikenden in den Kreisen Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg hielten im Laufe des heutigen Tages Versammlungen ab. Auf Vorschlag der Streikleitungen erklärten sich die Streikenden durch Abstimmung für eine Wiederaufnahme der Arbeit ab 16. Juni, morgens 6 Uhr.

Eisenbahnräuber.

Frankfurt a. M., 15. 6. (T. U.) Von der Eisenbahnkriminalpolizei wurden die hiesigen Zugführer Raimund Strohmeyer, Lenhardt und Haas festgenommen, weil sie seit geraumer Zeit Eisenbahnberaubungen von unerhörtem Umfange ausgeführt hatten. Ihr Tätigkeitsfeld hatten die ungetreuen Beamten in die D-Züge verlegt. Es gelang noch, goldene Uhren im Werte von über 300 Millionen Mark in den Wohnungen der Festgenommenen zu beschlagnahmen. Auch wurden für mehrere Millionen Mark Bargeld gefunden. Als Hauptbehler wurde der entlassene Eisenbahnsekretär Voigt ermittelt und festgenommen. Bei einem der Festgenommenen wurden nicht weniger als 100 Koffer vorgefunden. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Ein parlamentarischer Jubilar.

Der Zentrumsabgeordnete Herold, der im Reichstag und im preußischen Landtag den Wahlkreis Westfalen-Nord vertritt, begeht am 16. Juni ein seltenes parlamentarisches Jubiläum. Heute vor 25 Jahren zog er in den Reichstag ein. Zugleich ist er seit 1898 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, so daß er sein doppeltes 25jähriges parlamentarisches Jubiläum feiern kann.

Boxkämpfe in Wilmersdorf.

Trotz der ungünstigen Witterung erfreute sich der Freiluftboxabend im Wilmersdorfer Stadtpark eines befriedigenden Besuchs. Im ersten Kampf trennten sich Hönscherle und Kiausch unentschieden. Das zweite Treffen Sasse—Bitz hatte das gleiche Resultat. Der Halbschwergewichtsmeister Arndt zwang den Sabri Mahir-Schüler Dreßler nach verschiedenen Niederschlägen in der achten Runde zur Aufgabe. Ueber den vierten Kampf Steenhorst—Grimm berichten wir heute.

Theunis und Jaspar führen die Geschäfte weiter.

Verhandlungen über Umbildung des Kabinetts.

S. **Paris**, 15. 6. (Eigenbericht.) Der belgische König hat heute vormittag 11 Uhr über eine Stunde lang mit Theunis sich unterhalten. Heute nachmittag sollten der Kammer- und der Senatspräsident vom König empfangen werden. Aus den Brüsseler Berichten ist zu entnehmen, daß man dort nicht mit einer Beilegung der Kabinettskrise vor Ablauf einiger Tage rechnet. Allgemein aber herrscht in belgischen politischen Kreisen der Eindruck, daß nach Beendigung der verschiedenen Besprechungen Theunis wieder gebeten werden wird, das neue Kabinett zu bilden, und zwar besonders deshalb, weil er außerhalb aller Parteien steht (Theunis gehört dem Parlament nicht an. Red.) und darum am besten zur Bildung eines überparteilichen Ministeriums geeignet erscheint. Ob Theunis diesen Vorschlag annimmt, weiß man in Paris bis jetzt noch nicht.

Heute nachmittag hat Theunis der Kammer öffentlich seine Demission angekündigt. Das Parlament hat sich dann auf den 26. Juni vertagt. Es ist aber, was sehr beachtet wird, vorher noch eine Abstimmung vorgenommen worden über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten, das mit 80 gegen 31 Stimmen angenommen wurde. Durch diese Tatsache soll wohl dargetan werden, daß am Sturze des Kabinetts Theunis ausschließlich innerpolitische Gründe schuld sind und daß Ministerpräsident Theunis das volle Vertrauen der Parteien und des Landes in bezug auf die auswärtige Politik genießt. Ein umgebildetes Ministerium Theunis würde, wie man in Brüssel annimmt, die Erledigung der Frage der Universität Gent auf das Regierungsprogramm zu setzen haben, um die Gemüter zu beruhigen und einen ungestörten Fortgang der Geschäfte zu gewährleisten. Theunis und Jaspar werden die Führung der Geschäfte vorläufig noch beibehalten.

Neue Kneblungsverordnungen der Rheinlandkommission.

Paris, 15. 6. (W. T. B.) Die Rheinlandkommission hat, wie die Agentur Havas meldet, gestern wieder eine ganze Serie von neuen Ordonanzen erlassen. In keinem der Berichte wird aber angegeben, ob die Entscheidung mit Stimmenmehrheit oder mit Stimmengleichheit getroffen wurden. Der verstärkte Straßenbahnverkehr soll von nun ab nicht mehr geduldet werden. Es ist beschlossen worden: 1. Daß die Straßenbahngesellschaften ihren Betrieb auf die normale Ausdehnung, die im Jahre 1922 festgesetzt wurde, zurückzuführen haben. 2. Des ferneren soll von nun ab den Kommunen und dem Deutschen Reich Wiedergutmachung eines jeden Schadens auferlegt werden, der durch Sabotage oder aus einem anderen Grund, der durch den Widerstand des Deutschen Reiches gegen die Ordonnanzen der Oberkommission geschaffen wurde, entstanden ist. 3. Außerdem soll angeordnet werden, daß von nun ab der in Ordonnanz 167 vorgesehene Verkehr zwischen den Beamten im besetzten Gebiet und ihren vorgesetzten Behörden im unbesetzten Gebiet auf ein möglichst geringes Maß beschränkt wird. Reiseerlaubnis soll nur ganz ausnahmsweise und zwar nur in Fällen, in denen es sich um unerläßliche Besprechungen im Interesse der Bevölkerung handelt, gestattet werden. Die Bezirksdelegierten allein sollen diese Genehmigungen erteilen, die nur für eine einzige Reise Gültigkeit haben. 4. Schließlich hat die Oberkommission beschlossen, daß, wenn in Zukunft Beschädigungen an Anlagen festgestellt werden, die militärisches Interesse haben wie z. B. an Eisenbahnen, Telephon- und Telegraphenleitungen, ein oder mehrere deutsche Beamte der Justiz oder der Polizei von den Besatzungsbehörden zu requirieren sind, sowie außerdem Beamte der Regie.

Deutsche Protestnote gegen die französisch-belgischen Gewalttaten.

Die deutschen Botschaften in London, Madrid, Rom, Washington und Moskau, die deutschen Gesandtschaften in Haag, Bern, Kopenhagen, Christiania, Stockholm, Riga und Warschau sind beauftragt worden, den dortigen Regierungen eine Note zu überreichen, in der die Reichsregierung scharfen Protest gegen die andauernden französisch-belgischen Gewalttaten im Ruhrgebiet einlegt und die Aufmerksamkeit aller genannten Mächte abermals auf diese Vorgänge lenkt. In erster Linie hat die Protestnote die Erschießung Schlageters zum Inhalt. Sodann wird gegen das Todesurteil, das gegen den Landwirtschaftslehrer Görges in Mainz ausgesprochen wurde, protestiert. Schließlich beschäftigt sich die Note unter Beifügung einer protokollarischen Vernehmung ausführlich mit den scheußlichen Vorgängen in Dortmund in der Nacht vom 10. zum 11. Juni, bei denen sechs Dortmunder Bürger der sinnlosen und brutalen Schießerei der französischen Soldateska zum Opfer fielen.

Sprengungen an der linksrheinischen Strecke.

ne. **Bonn**, 15. 6. (Eigenbericht.) Nachdem erst vor drei Tagen die wegen früherer Sprengversuche an der linksrheinischen Bahnlinie verhängte totale Nachtverkehrssperre und Tagsperre für Autos, Kraft- und Fahrräder im Bezirk Godesberg aufgehoben worden waren, wurden heute in der frühen Morgenstunde neue Sprengungen versucht. An zwei Stellen der Bahnlinie Koblenz—Köln erfolgten Sprengungen, die den Bahnkörper, vor allem die Gleisanlagen, erheblich beschädigten. An beiden Stellen sind die Züge, von Bonn bzw. Koblenz kommend, entgleist. Menschen sollen nicht zu Schaden gekommen sein, doch [illegible]eblicher Sachschaden entstanden. Die linksrheinische Strecke ist infolge dieser Ereignisse für längere Zeit gesperrt.

Beisetzung der Dortmunder Blutopfer.

Ungeheure Beteiligung der Bevölkerung.

Dortmund, 15. 6. (W. T. B.) Heute nachmittag fand die Beerdigung der sechs Personen, die am Sonntag abend französischen Geschossen zum Opfer fielen, unter ungeheurer Beteiligung aller Bevölkerungskreise statt. Etwa zehn Musikkapellen spielten Trauerweisen, während die Glocken sämtlicher Kirchen Dortmunds läuteten. Alle Behörden, alle Berufe und Vereine waren vertreten. Sämtliche Geschäftslokale und Restaurationen in der Stadt waren geschlossen. Die evangelische und die katholische Geistlichkeit schritt hinter den sechs Wagen, die je einen Sarg trugen. Hinter der Geistlichkeit gingen die Angehörigen. Der Vorbeimarsch des Zuges dauerte über ¾ Stunden; insgesamt umsäumten wohl 150 000 Menschen die Straßen, die der Trauerzug passierte.

Der Reichskanzler hat an den Gräbern der durch französische Soldaten getöteten sechs Personen Kränze niederlegen lassen und an den Oberpräsidenten von Westfalen ein Beileidstelegramm gerichtet.

Dem Oberbürgermeister von Dortmund ging vom „Deutschen Volksopfer" folgendes Telegramm zu: „Angehörigen der Ermordeten und Stadtverwaltung spricht herzliche Anteilnahme aus und überweist 30 Millionen für Hinterbliebene."

Der Magistrat der Stadt hat an den Kommandeur der 3. Linien-Division in Kastrop aus Anlaß der Erschießung von sechs Personen am 10. Juni einen Protest gerichtet. Die furchtbaren Ereignisse erheischten dringend Aufklärung und gegebenenfalls Sühne. Hieran hätten nicht nur die Stadt, sondern auch das ganze deutsche Volk, die ganze gesittete Welt ein hervorragendes Interesse.

Dem Protest sind vier amtliche Zeugenaussagen beigefügt, darunter diejenige des schwerverletzten Schlossers Frey, welcher sich im Krankenhaus befindet.

Nach einem Maueranschlag der Franzosen müssen die Eisenbahner binnen 48 Stunden die Arbeit auf den Bahnhöfen aufnehmen, widrigenfalls sie und auch ihre Familien ausgewiesen werden.

Schandurteil im Zechendirektoren-Prozeß

Direktor Kellermann zu fünf Jahren Gefängnis und 170 Milliarden Mark Geldstrafe verurteilt. — Insgesamt 270 Milliarden Mark Geldstrafe.

Werden, 15. 6. (W. T. B.) Vor dem hiesigen Kriegsgericht begann heute die Verhandlung gegen Direktor Bergassessor a. D. Hermann Kellermann von der Guten Hoffnungshütte, Oberhausen, Direktor Bergassessor a. D. Wilhelm Falke von den Rombacher Hüttenwerken (Zeche Concordia, Oberhausen) und Prokurist Peter Friedmann von der Adler A. G. für Bergbau in Kupferdreh. Die Herren sind angeklagt, gegen Verordnung 33 verstoßen zu haben dadurch, daß sie die Kohlen- und Kokslieferung trotz ausdrücklichen Befehls nicht wieder aufnahmen.

Gegen jeden der Herren wurde einzeln verhandelt. Der Anklagevertreter beantragte gegen Direktor Kellermann 5 Jahre Gefängnis und den doppelten Wert der nichtgelieferten Kohlen- und Koksmengen in Höhe von 24,4 Millionen Frank (rund 170 Milliarden Mark). Nachdem die Verteidiger, unter denen sich auch der aus dem Krupp-Prozeß bekannte Rechtsanwalt Moriaud befand, ihre Einwände vorgebracht hatten, wurde das Urteil verkündet, welches dem Antrag entsprechend lautete.

Die Verhandlung gegen Direktor Falke nahm denselben Verlauf. Der Angeklagte wurde entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts zu 5 Jahren Gefängnis und 6,2 Millionen Franken (rund 43 Milliarden Mark) Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Friedmann 3 Jahre Gefängnis und 8¼ Million Frank (rund 57 Milliarden Mark) Geldstrafe. Das Urteil lautete lediglich auf die beantragte Geldstrafe.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	15. 6.	14. 6.		15. 6.	14. 6.
Tägl. Geld	4½ %	4½ %	Brüssel	—,—	5,46
Berlin	0,0009¾ G	0,0009⅛ G	Amsterdam	39,17	39,18
	0,0009⅞ B	0,0009⅜ B	Zürich	—,—	17,97
höchster	0,0009⅞	0,0009⅜	Kopenhagen	17,90	17,95
niedrigst.	0,0009⅝	0,0009⅛	Prag	2,99	2,99
London			Rom	—,—	4,64
Kabel Tr.	4,61,25	4,61,25	Madrid	—,—	14,82
Lond. 60 T.	4,59,00	4,59,37	Silber, ausl.	65½	65½
Paris	6,32	6,35	„ inl.	—	—

New York, Produktenmarkt.

	15. 6.	14. 6.		15. 6.	14. 6.
Kaffee loco	11 13/16	11 11/16	Zink	6,00	6,10
„ Juli	8,75	8,70	Eisen	29,25	29,25
„ Sept.	7,90	7,80	Weissblech	5,62	5,62
„ Dezbr.	7,55	7,50	Schmalz	12,30	12,22½
„ März	7,55	7,45	Talg	7⅞	7⅞
„ Mai	7,46	7,40	Bw. Saatöl l.	11,50	11,70
Baumwolle l.	29,20	28,40	„ Juli	11,45	11,50
„ Juni	—,—	—,—	PetroleumCas.	15,00	15,00
„ Juli	27,94	27,18	„ Tanks	6,00	6,00
„ Aug.	27,05	26,80	„ Stand wh.	13,00	13,00
„ Sept.	25,45	25,05	„ Cred. bal.	3,50	3,50
„ Okt.	24,92	24,54	Zucker	7,03	7,28
Zufuhr	4 000	3 000	Terpentin	1,06	1,06
Kupfer el.	15⅛-15¼	15⅛-15¼	„ Sav.	0,98	0,97
Blei	7,25	7,25	Baumw. N.Orl.	29,00	28,50

	15. 6.	14. 6.		15. 6.	14. 6.
Weizen, rot	139⅞	140⅛	Mehl. Sp.	5,00-5,50	5,00-5,50
Hartw.	129⅞	129	Getrfr. Engl.	1 sh 7 d	1 sh 7 d
Mais n. Ernte	97	96⅞	Kontin.	9 cts.	9 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	15. 6.	14. 6.		15. 6.	14. 6.
Weizen Juli	112	110⅞	Rippen Juli	9,35	9,15
„ Sept.	109⅞	109	Speck niedr.	8,87½	8,75
Mais Juli	82¼	81¼	„ höchst.	9,87½	9,75
„ Sept.	77⅛	77⅜	Leichte Schwein. niedr.	6,75	6,65
Hafer Juli	41⅜	41⅛	Leichte Schwein. höchst	7,15	7,00
„ Sept.	37¼	37⅜	Schwere Schwein. niedr.	6,75	6,60
Roggen Juli	70⅜	70⅛	Schwere Schwein. höchst	7,10	7,00
„ Sept.	72⅜	72½	Zufuhr Chicago	28 000	33 000
Schmalz Juli	11,32½	11,27½	Zufuhr Westen	97 000	120 000
„ Sept.	11,55	11,47½			

Zwei Beispiele.

Von unserem Berichterstatter.

A. **London**, 12. Juni. Zwei Ereignisse der letzten Tage erscheinen in den Betrachtungen der englischen Presse als bemerkenswerte Beispiele für die Möglichkeiten der kommenden europäischen Entwicklung. Das erste dieser Ereignisse ist der große Erfolg der österreichischen Anleihe auf dem Londoner Kapitalmarkte. Der englische Anteil der Anleihe, der sich auf nicht ganz 11 Millionen Pfund beläuft, wurde letzten Montag zur Zeichnung aufgelegt. Als die Bank von England um 9 Uhr morgens ihre Türen öffnete, standen auf der Straße bereits lange Reihen von Zeichnungslustigen; um 11¼ wurden die Listen geschlossen, und eine oberflächliche Schätzung geht dahin daß die verlangte Summe 5—10 mal überzeichnet sein dürfte. Nun sind allerdings die finanziellen Bedingungen der Anleihe, die mit 80 ausgegeben wurde und sich dadurch mit etwa 8 % verzinst, während sie zugleich von acht finanzkräftigen Regierungen garantiert wird, ungewöhnlich günstig. Immerhin aber lehrt die Erfahrung aufs neue, wie wenig zuverlässig alle Vermutungen und Voraussagen über die Tendenz des Kapitalmarktes, über die Aufnahmefähigkeit des großen Publikums, über die Unmöglichkeit neuer Anleihen und dergleichen sind. Was in dem österreichischen Falle mit solcher Leichtigkeit gelang, sollte in anderen Fällen nicht unmöglich sein, und ein Teil der Londoner Presse weist denn auch darauf hin, daß dieses Beispiel für den finanziellen Wiederaufbau anderer Länder von großer Bedeutung werden könne. Man denkt dabei hier zunächst an eine ungarische Anleihe, der vorläufig allerdings der Einspruch Frankreichs entgegensteht, dann aber vor allem natürlich an Deutschland. Gewiß wären die deutschen Ansprüche an den Kapitalmarkt ungleich größer als diejenigen Oesterreichs, aber dafür sind auch, wie z. B. die „Daily News" betonen, die Deutschland zur Verfügung stehenden Sicherheiten ungleich größer. Angesichts des österreichischen Beispiels sei es jedenfalls zweifelhaft geworden, ob der Weltkredit wirklich nicht in der Lage sein sollte, das Reich wieder finanziell auf die Beine zu stellen — natürlich unter der Voraussetzung, daß die Ruhraffäre endgültig liquidiert wird. Wenn das liberale Londoner Blatt noch den Ausspruch hinzusetzt: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, so hat man hier freilich eines jener weisheitsvollen Worte vor sich, die in der Regel immer dann angewendet werden, wenn die Voraussetzung — in diesem Falle der Wille des Herrn Poincaré — eben nicht vorhanden ist. Aber dieses österreichische Beispiel ist dennoch zum mindesten als ein weiterer Beweis dafür wertvoll, wie künstlich und gewaltsam die Hindernisse sind, die durch die französische Politik der Lösung der Reparationsfrage in den Weg gelegt werden.

*

Das zweite Ereignis, das man in London als ein mögliches Beispiel für andere Länder betrachtet, ist der Umsturz in Bulgarien. Ein genaues Bild über seine Tragweite läßt sich noch nicht gewinnen, aber man glaubt hier jedenfalls Grund zu der Befürchtung zu haben, daß sich die bulgarischen Vorgänge sehr leicht in anderen Balkanstaaten wiederholen könnten. Vor allem glaubt man, daß diese Gefahr in Jugoslawien besteht. Die Kriegsgefahr auf dem Balkan, die der geladenen Atmosphäre Westeuropas gerade noch gefehlt hat, scheint jedenfalls englischen Kreisen wieder in drohende Nähe gerückt, und alle Anzeichen weisen darauf hin, daß die rivalisierenden Einflüsse der alliierten Diplomatie hinter den Kulissen der Balkanpolitik im Augenblick mit Hochdruck arbeiten. Als die ersten Nachrichten über den Umsturz eintrafen, war die englische Regierungspresse in etwas auffallender Eile mit der Versicherung bei der Hand, daß der Wechsel im englischen Interesse nur zu bedauern sei, da das Kabinett Stambulinski sich bemüht habe, mit den Alliierten in guten Beziehungen zu bleiben und da die neuen Machthaber zu dem Kreise des früheren Zaren Ferdinand gehörten. Die Informationen des oppositionellen „Daily Herald" stellen die Lage jedoch wesentlich anders dar. Danach ist es gerade das wichtigste Merkmal der neuen Regierung, daß sie sich vorwiegend aus englandfreundlichen Politikern zusammensetze. Die ganze Entwicklung werde als für England überaus günstig betrachtet, während sie für die französischen und besonders für die russischen Interessen eine Gefahr bedeute. Dementsprechend sollen die englischen Vertreter in Belgrad denn auch der dortigen Regierung geraten haben, von jeder direkten oder indirekten Intervention in die bulgarischen Vorgänge abzusehen. Sollten sich diese Informationen bestätigen, so wird man es nicht sehr ernst zu nehmen brauchen, wenn der regierungsfreundliche „Daily Telegraph" sich darüber entrüstet, daß der in Berlin lebende frühere Ministerpräsident Radoslawoff gegenüber einem Vertreter des Blattes betont haben soll, Mazedonien werde immer das Ideal des bulgarischen Volkes bleiben. Die Methoden, mit denen dieses Ideal in der Vergangenheit verfolgt worden sei, seien noch nicht vergessen, und die ganze Lage sei offenbar gefährlich, weil sie mit einer kritischen Phase in der Entwicklung im Nahen Osten zusammenfalle.

Die letztere Bemerkung spielt auf einen Punkt an, durch den die Ereignisse in Sofia in der Tat für die ganze Haltung der alliierten Politik und damit indirekt auch für die Entwicklung in Mitteleuropa von einschneidender Wirkung werden können, nämlich auf die Konferenz von Lausanne. Die Gefahr eines Zusammengehens der bulgarischen Militärpartei mit den kemalistischen Kräften in Thrazien steigt vor den Alliierten auf. Stambulinski hatte bekanntlich, auch darin ein gehorsamer Gefolgsmann der Entente, den Gedanken eines türkisch-bulgarischen Bündnisses abgelehnt. Die Frage ist, ob sich die neue Regierung ebenso fügsam erweisen wird und ob nicht die Arbeit von Lausanne eine Wendung nimmt, in deren Folge das französisch-englische Verhältnis durch die Lage im Nahen Osten wiederum in so starker und für Deutschland ungünstiger Weise beeinflußt wird, wie dies während des ersten Teiles der Ruhrkrisis der Fall war.